

Dresdner Volkszeitung

Postfach: Dresden, Rosen & Comp., Nr. 1268.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Verleger: Dr. H. Schönbach, Dresden.

Abonnementpreise einschließlich Frangobriefen monatlich 100.— M., durch die Post bezogen monatlich 100.— M., unter Kreuzband für Deutschland monatlich 100.— M., Einzelnummer 6.— M.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Tel. 26261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Tel. 26261. Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 6 Uhr nachm.

Anzeigenpreise: die 9 gespaltenen Kompariszeile 20.— M., Familienanzeigen 14.— M., die 9 gespaltenen Reklamezeile 70.— M. Bei mehrmaliger Aufgabe Ermäßigung. Anzeigen sind im voraus zu bezahlen. Ohne Verpflichtung zur Aufnahme an vorgeschriebenen Tagen. Für Briefniederlegung 8 M.

Nr. 226

Dresden, Mittwoch den 27. September 1922

33. Jahrg.

Wilhelm das Unschuldslamm

Die deutsche bürgerliche Presse, auch in Dresden, beginnt jetzt mit der Veröffentlichung von Auszügen aus Wilhelm's Remonren. Mit der wohlwollenden Kritiklosigkeit des ewigen Unterthanen bruden die Blätter diese „Erklärungen an holländischen Kammerling“ nach. Aber nicht überall nimmt selbst das Bürgerturn die erklärenden Ergüsse so vorbehaltlos hin wie bei uns. Das beweist folgender Aussatz aus der Neuen Zürcher Zeitung, der über das ganze Werk ein genaues vernichtendes Urteil fällt.

„Die numerierte Zugausgabe auf edlem Büttenpapier, mit der Kaiserkrone und dem Namenszug als Wasserzeichen gedruckt, in Pergament 2500 M.“ Leipzig, R. F. Koehler, Verlag.

Die Kaiserkrone als Wasserzeichen: das ist das Symbol des Bundes, das soeben das Licht der Alten und der Neuen Welt erblickt, und der berühmte Dollarvertrag, der dem Kutor heute rund 400 Millionen Mark seines Reiches einträgt, ist der Zweck. Das große Mitleid, mit dem viele Deutsche die „tragische Gestalt des Kaisers“ zu odeln suchen, beanregt wir, durch andre Objekte beansprucht, nicht aufzubringen: ihm geht es, scheint uns, erheblich besser als der unabschbaren Menge von Männern und Frauen, die der Krieg verstümmelt oder verweist hat. Trotzdem hätte jeder begriffen, wenn ein von der gesamten nächstdeutschen Welt Beschuldiger nun selbst zur Feder griff, um sich zu reinigen; natürlich, indem er seine Motive rein erhielt, zugunsten jener schuldlosen Opfer. Doch der letzte Hohenzoller rechnet, scheint es, lieber mit einer andern Art von „Millionen“, die nicht stöhnt, sondern knittert.

Trotzdem hatten wir wenigstens auf die taftvolle Arbeit seines erforschen Dramaturgen gehofft, die dies ertragreiche Buch der Geschichte auch andern erträglich machen konnte: geschichte Hände hätten einen Mann mit seinem Widerstand, einen Einkamen konträrer Können, der das Vergangene nur durchdenkt, der Mann des Schicksals hätte erscheinen müssen, dessen Seelenknoten auch der politische Gegner löst, um den entmachteten Träger eines Gebantens zu ehren, dem einst die Größe nicht fehlte. Doch er glaubte: die Art im Sans erpart E. Zimmermann, und schrieb, so scheint es, im Gegensatz zu Kronprinz-Rosner, meist selber. Als Napoleon seine Memoiren schrieb — wenn man auch nur für die Dauer eines Satzes diesen Vergleich wagen will —, da sah man einen bleichen Helden fiebernd seine kleine Stube, die enge Ansel abschreiten und Redenschaft vor sich selber ablegen; neben die stolze Darstellung ungeheurer Siege stellte er die Talente seiner Gegner offen zur Schau, doch auch eigene Mißgriffe männlich zur Kritik. So entstand eine Art Selbstgespräch vor dem Phonographen. Wilhelm's II. Buch gleicht im allem seiner Regierung: es ist eine Rede vor dem Spiegel.

Will man die Summe dieser fünfzehn Kapitel wissen? Nichts in 30 Jahren hat der Kaiser falsch gemacht, niemand verkannt, immer hat er Laskandradhaft vor den Fehlern seiner blinden Ratsler gewarnt, vergebens: sie begangen ihn, bis er pähnelnrischend untertrieb. Beweis: Bismarck verhinerte ihn im Sinne an der rechten Sozialpolitik, nach dem Stürze an der Auswirkung aller seiner Ideen, Caprivi an der Erneuerung des russischen Vertrags. Hohenzolle und Marschall zwangen ihn zur Krüger-Depeche, deren verheerende Wirkung er angedroht hatte, Bülow nötigte ihn nach Langer, wohin er nur sehr contre coeur gegangen sei, und hinderten ihn nicht am Intervento mit Daily Telegraph. Bethmann endlich, immer Gouvernante und ihn ständig befehlend, habe trotz aller Warnung des Kaisers den herausziehenden Krieg nicht gesehen, ihn an der Reform des Wahlrechts, an der Unterfützung von Tirpitz verbinde; Prinz Max endlich zwang ihn gegen die heißesten Wünsche seines Herzens zur Flucht.

Soviel Behauptungen, soviel Verdrehungen — um das Wort nicht gerodentwegs zu gebrauchen, das die Historiographen bei milderer Stellung des Autors ihm entgegen-schleudern würde! Der Fall Bismarck liegt weit komplizierter, und nichts kennzeichnet die „Vollstube“ des Kaisers besser, als sein Gehändnis, den offenen Kampf gegen die Sozialisten, den Bismarck wollte, habe er nur aus positiver Notigung zum Ausgleich nicht führen können. Für alle Fälle löst er sich am Ende des Kapitels von den Arbeitern einer Wert einen Lorbeerkranz für seine Sorgfalt überreichen. Schlummer ist schon, das er nicht bloß Bismarckworte den Vergleich von Siegfried und Hötur mit der deutschen Geschichte ohne deren Autor, und zwar als jüngste Befestigung zitiert, sondern ihn auch Worte unterlegt, die er historisch und psychologisch nicht gelagt haben kann.

Ebenso wenig hat Wilhelm den russischen Vertrag gewollt, vielmehr aus persönlichem Haß verboten. Daß er die Krügerdepeche selbst erfunden, bezeugt ihr Stil und Impuls. Bezeugen schriftliche und mündliche Ueberlieferungen aller Beteiligten; doch selbst diesen Haß gegen England — das achteste Gefühl dieses aus Furcht und Eitelkeit komponierten, durch Edward VII. in beiden Rindern getroffenen Charakters — will er vom alten Hohenzolle widerständig über-

nommen haben. Wie er nach Langer verlangte (bis das Meer und der Schimmel hochgingen), beschreibe anjauisch sogar der sanfte Schoen, und was Bülow betrifft, so glauben wir zu wissen, daß er demnachst selber sprechen wird, nachdem er, nur aus Laft gegen den Kaiser, bis jetzt geschwiegen hat. Die ganze Lüste, die in dreißig Jahren dort nirgends Verantwortlichkeit übernimmt, wo man doch immer Glanz geerntet hatte, zeigt sich auch hier, wo er rasch noch dem Zentrum die Schuld an Bülow's (ihm selber doch höchst erwünschten) Fall zuschreibt und den Kämmerling, aber keinen, auf alle Fälle verstorbenen Grafen Hertling, einen Freund Bülow's, noch im Jahre 1917 in Spa stolz erklären läßt, er habe Verdienste an Bülow's Sturz.

Bei allem könnte man fragen: war dieser pseudo-Autor, der 25 Jahre lang durch seine gepanzerte Friedens-taube, durch seinen drohenden Stahlgel mit dem Delzweige Europa in Erregung gehalten hat, nicht Manns genug, in den Momenten seiner politischen Visionen allein zu entscheiden, und gegen seine Berater? Ginderte ihn vielleicht eine vernünftige Verfassung, zu entlassen, was ihm nicht mehr beliebte? Wer Bismarck mit einem Wink fortjagen durfte, der mußte wirklich, wie er mehrmals wiederholt, tödliche Notizen widerstrebend unterzeichnen? Fühlte er sich etwa konstitutioneller als die Konstitution? (Schluß folgt.)

Die zweite Internationale zur Orientfrage

London, 27. September. Das Londoner Bureau der 2. Internationale hat eine von Henderson, Tom Shaw, Thomas, Coating, R. MacDonald unterzeichnete Erklärung über die Lage im nahen Osten veröffentlicht, in der es heißt, es würde ein unerhörtes Verbrechen gegen die Menschheit sein, wenn neue Feindseligkeiten begännen. Die britische Regierung trage zum weitesten Teil die Verantwortlichkeit. Es wird die Einsetzung eines Schiedsgerichts durch den Völkerbund gefordert, in dem die Türkei, Rußland und Deutschland gleichen Einfluß mit den anderen Nationen haben sollten. Wenn es unmöglich sein sollte, den Völkerbund dazu zu benutzen, so müßte jede Konferenz, die einberufen werde, auch Vertreter Rußlands, Bul-

Gewerkschaften und Wiederaufbau

Der Stinnes-Lubersack-Vertrag, die an ihn anschließenden Debatten und besonders die verrückten, bewußt lägerischen Angriffe der Kommunisten gegen den A. D. G. B. nötigen, die bisherigen Bemühungen und Kämpfe des A. D. G. B. um die Durchführung des Wiederaufbaus und um die Organisationsformen der deutschen Sachlieferungen der Reihe nach aufzuführen. Die ersten Versuche der freien Gewerkschaften, durch Wiedergutmachung und tätige Hilfe beim Wiederaufbau der vom Krieg zerstörten Gebiete an der Völkerverföhnung zu arbeiten, beginnen bereits wenige Wochen nach dem Kriegsende. Sie sind trotz allem Mißerfolge immer und immer wieder aufgenommen worden. Die deutschen Gewerkschaften haben anfängliche Pläne aufgestellt für Aufbaumungs-, Aufforstungs- und Bauarbeiten durch deutsche Arbeiter. Dabei sollte allerdings Bedingung sein, daß der deutsche Arbeiter

als freier Arbeiter und nicht als Zwangsarbeiter die Arbeit an sich nehme. Trotz wiederholten Reisen deutscher Gewerkschafter ins Aufbaugesbiet blieben diese Angebote bei der französischen Regierung ohne Erfolg. Ein späterer beschränkterer Plan, durch die deutschen Sozialen Baubetriebe 11 völlig zerstörte Dörfer im Gebiet Bernonne-Chaulnes aufzubauen, blieb gleichfalls ohne Erfolg. Die französischen Unternehmer fürchteten in ihrer Arbeitereindlichkeit dieses Beispiel der praktischen Auswirkung der deutschen Arbeiterbewegung und wählten durch chandinistische Vernehmung zu erreichen, daß bei der öffentlichen Abstimmung nicht genügend Beschädigte für den von den Sozialen Baubetrieben geplanten Aufbau stimmten. Die deutschen Gewerkschaften sind also stets für eine entschiedene Förderung des Wiederaufbaus eingetreten, wie sie sich auch stets für die Durchführung deutscher Sachlieferungen eingesetzt haben, wobei sie aber stets bemüht waren, dem Grundhaß Geltung zu verschaffen:

Der Wiederaufbau darf nicht zu einer maßlosen Bereicherung der mit der Lieferung Betrauten führen, es darf nicht dem Krieg- und Nachkriegschieber der Reparationsgewinnler folgen.

Es war Walter Rathenau's Verdienst, daß er in sogenannten Wiesbadener Abkommen versuchte, durch Anerkennen von Sachlieferungen eine Verabfolgung der deutschen Verzögerungen zu erreichen. Ein Abkommen mit Frankreich, das von der Industrie lebhaft feiert und bekämpft und von den Gewerkschaften anerkannt und gestützt wurde. Der Zeitgedanke des Wiesbadener Abkommens war, zur Durchführung dieser Sachlieferungen große Selbstverwaltungskörper der liefernden Industrie in Deutschland und der empfangenden Geschädigten in Frankreich zu bilden. Die Gewerkschaften haben bereits im August 1921 in Verhandlungen mit der Regierung die Eingliederung der Gewerkschaften in diese

gariens und Deutschlands außer den bereits in der Note der Alliierten erwähnten einschließen. Rußland und Bulgarien würden von allen territorialen Entscheidungen und von der Regelung der Frage der Freiheit der Meeregen vital berührt. Deutschlands wirtschaftliches Interesse im Orient gewähre ihm ein Recht auf einen Platz am Tisch der Unterhändler. Die Regelung der Orientfrage und der Freiheit der Meeregen dürfe nicht von den Alliierten allein vorgenommen werden. Insbesondere sei jede isolierte Aktion seitens irgend einer Nation, die sich selbst zum Beschützer der Meeregen aufwerfe, zu verurteilen.

Austritt des griechischen Kabinetts

Paris, 27. September. Das griechische Kabinetts hat am 27. September, die Athener Regierung habe dimissioniert.

Der Mord in Marienburg

Unmittelbar nach dem Rathenau-Morde hatten in Marienburg (Ostpreußen) ebenso wie anderwärts große Demonstrationen stattgefunden. Nach einer solchen Demonstration am 11. Juli wurde Frau Reih, die Gattin des Redakteurs Dr. Reih der deutschnationalen Marienburger Zeitung, erschossen, während sie am Fenster stand. Natürlich mußten Demonstrationen die Mörder der Frau sein, und die fogenannte nationale Presse war rasch mit der Begründung für diese „Mtat des Volks“ bei der Hand. Dr. Reih war, so hieß es, seit Monaten wegen der deutschnationalen Haltung der Marienburger Zeitung Gegenstand der heftigsten Angriffe und Anfeindungen seitens der linksradikalen Elemente gewesen. Und da diese „linksradikalen Elemente“ des Dr. Reih nicht habhaft werden konnten, knallten sie seine Gattin nieder.

Diese niederträchtigen Verbrechen blieben nicht ohne Einwirkung. Eine größere Anzahl Genossen wurde unter dem Verdacht des Mordes festgenommen und, obwohl von vornherein der Nordverdacht auf den Mann der Erschossenen gelenkt ward, eine Reihe von Tagen festgehalten. Nur der Redakteur Dr. Reih blieb unbeschädigt. Erst jetzt erfolgte, nach einer Meldung aus Marienburg, seine Festnahme. Damit ist der „politische Mord in Marienburg“, den die gesamte deutschnationale und deutschvölkparteiliche Presse in den erregten Tagen nach dem Rathenau-Mord gegen die Arbeiterkraft auszuschlachten versucht hatte, als Schwindel entlarvt. Ob jetzt die gleichen Blätter ihren Lesern entsprechende Mitteilung machen werden?

Organisation verlangt, und zwar eine Eingliederung, die wirklich maßgebenden Einfluß auf die Erleichterung der Sachlieferungen hat und von der Regierung auch anerkannt wurde. Langwierige Verhandlungen führten dazu, daß die Leitung des Lieferverbandes in allen Teilen zu je einem Drittel aus Vertretern der Unternehmerorganisationen, der Gewerkschaften und der Behörden gebildet werden sollte. Ihr sollte die

Überwachung und Preisbildung

der Sachlieferungen obliegen, sie sollte die Bildung eines unangemessenen hohen Untermehrgewinns verhindern und die Durchführung der sozialpolitisch für die Arbeitnehmer notwendigen Bedingungen sichern.

Diese von den Gewerkschaften verlangte Form der Sachlieferung, die sich mit dem Staatinteresse deckte und die an die Stelle des völlig freien Geschäftsverkehrs den gebundenen und kontrollierten setzte, war grundsätzlich bereits beschloffen, als sich durch das

Eingreifen außerdeutscher Einflüsse

plötzlich Hemmungen zeigten. Da angeblich die Kontrolle und Vermittlung der Aufträge durch die vorgesehene Organisation schwerfällig und hörend sei, wurde der völlig frei und unkontrollierte Verkehr zwischen Besteller und dem deutschen Erzeuger verlangt. Das Reich, zu dessen Lasten die Bestellungen liefen, hatte nur den Erzeuger zu entschädigen, ohne in das Geschäft selbst oder in die Auftragsverteilung einzureden. Von diesem Plan, über den als Vertreter der Reparationskommission der Belgier Dornelmanns verhandelte, erzielten die Gewerkschaften kein Wort. Sie haben sofort leidenschaftlich diese Umiegung des Wiesbadener Abkommens bekämpft und alles gegen ihn mobil gemacht. Die Regierung erkannte die Berechtigung dieser auch im Interesse der deutschen Volkswirtschaft liegenden Forderung der Kontrollorganisationen an. Der Anspruch nach teilweiser Ablösung der Verzögerungen durch Sachlieferungen wurde bei den Verhandlungen denn auch anerkannt, die von Bernemanns verlangte Form jedoch abgelehnt. Sofort wurden, wie bei den Verhandlungen der Entente immer üblich, die Daumfrauben angezogen. Entweder Erfüllung der Verlangens oder vermehrte untragbare Verzögerungen und verstärkter Druck auf Deutschland. Dem Druck folgend, kam so das Bernemanns-Abkommen zustande, gegen die Bemühungen der Gewerkschaften und gegen die Interessen der Völker selbst. Die Daumfrauben hatten, wie so oft, gewirkt und einen Vertrag erzwungen, der die Verteilung, Aufbringung und Durchführung der aus dem Wiederaufbau stehenden Aufträge der

völlig privaten Initiative der Industrie

gewies, die in ihrer Preisgebung und ihrem Profil durch keine hinberliche Kontrollinstanz befristigt wurde.